



LinzPLUS-Gemeinderatsfraktion Linz
Fraktionsobmann Lorenz Potocnik
mehr@linzplus.at www.linzplus.at
Altes Rathaus, Hauptplatz 1, 4041 Linz

An den
Bürgermeister Dietmar Prammer
Altes Rathaus, Hauptplatz 1
4041 Linz

Antrag gem. § 12 Abs. 1 StL 1992 i.V.m. § 34 GOGR

Abhaltung einer Aktuellen Stunde zur

„Stärkung der Linzer Stadtdemokratie statt parteipolitische Machtsicherung über eine künstliche 4%-Hürde“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Am 14. Mai haben die OÖNachrichten geleakt, dass eine Vier-Prozent-Hürde für den Einzug in den Gemeinderat in den drei Statutarstädten Linz, Wels und Steyr eingeführt werden soll. Die dafür nötige Änderung in der Oö. Kommunalwahlordnung müsste mit einer 2/3 Mehrheit im Oberösterreichischen Landtag beschlossen werden. Laut dem öffentlich kommunizierten Narrativ „fordere das der Städtebund“. Die 'Begründungen': Man wolle "keine italienischen Verhältnisse", „rechtzeitig einer weiteren Zersplitterung“ und „einer Erschwernis der politischen Arbeit“ entgegenwirken bis „stabile Verhältnisse“ schaffen oder „Einzelinteressen und Randthemen“ reduzieren.

Tatsächlich drängt sich jedoch ein anderer Eindruck auf: Getrieben wird das Vorhaben ausgerechnet von jenen Parteien, die seit Jahrzehnten die Linzer Politik dominieren und nun angesichts bevorstehender Verschiebungen im Machtgefüge die Regeln ändern wollen. Nur etwas mehr als ein Jahr vor der nächsten Gemeinderatswahl soll eine Hürde eingezogen werden, die nicht die Handlungsfähigkeit steigert, sondern die unbequeme Opposition bereits am Wahltag im September 2027 aus dem Gemeinderat fernhalten will. Die Stimmen und Fraktionsförderungen sollen dabei gleich auch noch einkassiert werden. Der Welser Bürgermeister Andreas Rabl spricht deshalb wohl auch ganz offen von einer „Linzer Agenda“.

Rund 15.000 Linzer:innen haben bei der Gemeinderatswahl 2021 bewusst politische Erneuerung und Opposition gewählt. Eine Vier-Prozent-Hürde würde daher nicht in erster Linie Parteien treffen, sondern Bürgerinnen und Bürger, deren Stimmen künftig ohne parlamentarische Vertretung bleiben könnten. Gleichzeitig würden Mandate, politische Ressourcen und Förderungen auf die verbleibenden Parteien umverteilt werden.

Das schwächt unsere Stadtdemokratie. Denn die Opposition bringt Ideen, sorgt für die nötige Kontrolle, behindert aber auch keine Mehrheiten. Für die nötigen Mehrheiten haben die Stadtsenatsparteien selbst gesorgt. Realpolitisch braucht es die Stimmen aus der Opposition nicht. Auch von italienischen Verhältnissen, also laufenden Neuwahlen und Unregierbarkeit kann nicht die Rede sein. Ergebnisse und Erfolge in dieser Periode wurden viel eher durch fehlende Zusammenarbeit der Ressorts und eigene Unentschlossenheit bei wichtigen Zukunftsfragen verhindert. Über ein Jahr Lähmung entstand zusätzlich durch die Lügen und Compliance-Verstöße und den dadurch

ausgelösten Rücktritt des vorherigen Bürgermeisters Klaus Luger. Die erforderlichen Neuwahlen gingen mit Kosten in Millionenhöhe einher.

Eine 4%-Hürde würde diese mangelnde Handlungsfähigkeit nicht beheben. Sie würde weder die Zusammenarbeit verbessern noch Projekte beschleunigen oder die Verwaltung effizienter machen. Sie würde lediglich die politische Vielfalt reduzieren und den Zugang zum Gemeinderat für neue politische Kräfte erschweren. Wenn über eine Stärkung der Handlungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt gesprochen wird, dann braucht es daher echte Reformen, nicht demokratische Hürden.

Unsere Stadtdemokratie braucht keine schwächere, sondern eine stärkere Opposition und strukturelle Veränderungen. Es braucht mehr Kontrollrechte, mehr Einblick in die ausgegliederten städtischen Gesellschaften, mehr Ideen, mehr Wirkung und insgesamt den Willen, die Kosten und den Aufwand für unsere aufgeblasene Gemeinderatsarbeit (aktuell pro Periode rund 34 Mio. €) zu reduzieren.

Statt innovative Kräfte und kritische Stimmen und somit tausende Linzer:innen nach 'unten' zu drücken, braucht unsere Stadt mehr Demokratie und Vielfalt, mehr Bürgernähe und Beteiligung, mehr Ideen und Erneuerung von 'unten'.

'Oben' sollte die Anzahl der Vizebürgermeister:innen reduziert oder überhaupt abgeschafft werden, das Nachrücken von GR-Mandaten durch den "Mandatsverzicht" von Stadträt:innen beendet, eine Reduktion der Mandatar:innenförderung und auch eine Reduktion der Mandate im Gemeinderat angestrebt werden. Mit 61 Sitzen ist der Linzer Gemeinderat bei weitem der größte und somit auch teuerste im Vergleich mit den anderen Landeshauptstädten (Graz 310.000 Einwohner, 48 Sitze). Ähnlich verhält es sich mit den Stadtsenatsmitgliedern. Linz hat im Städte-/Einwohner Vergleich die größte Stadtregierung.

Auch das Mehrheitsprinzip (statt des veralteten Proporz), Bürgerrat:innen und mehr Bürgerbeteiligung zum Beispiel durch Bürgeranträge oder vereinfachte Volksbefragungen und Fragestunden für Bürger:innen sind im Zuge einer echten Linzer Demokratiereform ernsthaft zu diskutieren. So würde eine Koalitionsregierung die Verantwortlichkeiten klarer machen, die Handlungsfähigkeit stärken und somit nötige Reformen und wichtige Projekte für die Transformation unserer Stadt antreiben. All diese Maßnahmen sind es, die unsere Handlungsfähigkeit steigern würden. Nicht eine 4%-Hürde.

Angesichts dessen, dass die drastische Beschädigung der Linzer Stadtdemokratie durch eine 4%-Hürde womöglich einfach im OÖ. Landtag beschlossen und dazu keine ordentliche Debatte im Linzer Gemeinderat selbst stattfinden würde, soll die Aktuelle Stunde dazu genutzt werden, darüber zu beraten und wenn möglich einen echten Reformprozess für die Linzer Stadtdemokratie einzuleiten. Allerdings nicht im Schnellverfahren, sondern in einem offenen und transparenten Prozess unter Einbindung aller Fraktionen im Gemeinderat. Idealerweise entstehen Ergebnisse, die dann in der nächsten Periode wirken.

Deshalb stellen die unterzeichneten Gemeinderät:innen gemäß §12 Abs. 1 StL 1992 i.V.m. § 34 GOGR den Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zur „Stärkung der Linzer Stadtdemokratie statt parteipolitische Machtsicherung über eine künstliche 4%-Hürde“.

Für die unabhängige Gemeinderatsfraktion Linz+:

FO Lorenz Potocnik
Linz am 11. Juni 2026